



### INHALT

Kanzlerin Merkel  
erstmals bei EU-Gipfel  
Seite 2

Baden-Württemberg:  
Neuer Landesvorstand  
gewählt  
Seite 3-4

*Liebe Lesewinnen, liebe Leser,*

die gesamte CDU-Bundesgeschäftsstelle  
und ich ganz persönlich  
wünschen Ihnen allen und Ihren Familien  
ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest,  
geruhssame Weihnachtstage und  
ein erfolgreiches Jahr 2006.

*Yhr R. Wappler*

## HEUTE AKTUELL

■ Niedersachsen: Studiengebühren beschlossen (Seite 5) ■ Nordrhein-Westfalen: Haushalt beschlossen (Seite 6) ■ Saarland/Luxemburg: Länderübergreifende Zusammenarbeit vereinbart (Seite 7) ■ FU: Zwangsverheiratungen verhindern Integration (Seite 8) ■ KAS-Projekt für Aceh: Kinder brauchen eine Zukunft! (Seite 9) ■ „Mit Sicherheit was los“ (Seite 10–11) ■ Volker Kauder: Herausforderungen annehmen – Aufgaben kraftvoll angehen (Seite 12–13) ■ Günter Krings: Regierung stärkt geistiges Eigentum (Seite 14–15) ■ Steffen Kampeter: Bundesrechnungshofsplädoyer ernst nehmen (Seite 15) ■ Katherina Reiche: Klimaschutz: Doppelstrategie konsequent verfolgen (Seite 15–16) ■ Peter Bleser, Ursula Heinen: Verbraucherinformationsgesetz der Grünen realitätsfern und bürokratisch (Seite 16–17)

IMPRESSUM

UD

## Kanzlerin Merkel erstmals bei EU-Gipfel



Die „Familie“ der Europäischen Staats- und Regierungschefs

**Erstmals nahm die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin an einem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs teil.**

Dem Treffen vorgeschaltet war der regelmäßig stattfindende Gipfel der Europäischen Volkspartei, auf dem sich die der EVP angehörenden Staats- und Regierungschefs vor dem eigentlichen EU-Gipfel abstimmten. Ganz oben auf der Agenda stand auch bei dem im belgischen Meise stattfindenden Treffen die finanzielle



Angela Merkel im Gespräch mit Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac

Vorausschau für den EU-Haushalt für die Jahre 2007



bis 2013. Auf der Tagesordnung der auf zwei Tage angesetzten Beratungen der 25 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union standen neben der Finanzplanung unter anderem der Kampf gegen den Terrorismus, Fragen der Zuwanderung nach Europa und die Förderung von Beschäftigung in Europa.



Merkel und Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel



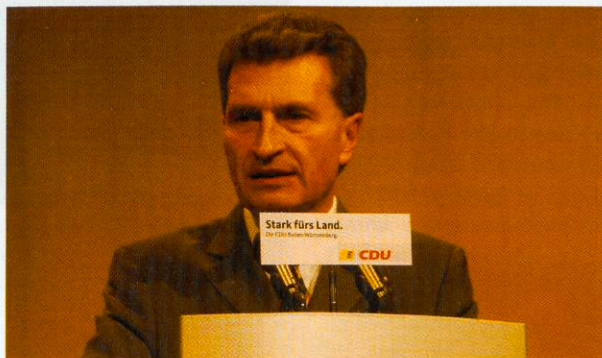
Baden-Württemberg

## Neuer Landesvorstand gewählt

Günther H. Oettinger wird die CDU Baden-Württemberg als Landesvorsitzender in den Wahlkampf führen. Mit einem überzeugenden Ergebnis von 92 Prozent wurde der baden-württembergische Ministerpräsident auf einem Landesparteitag in Stuttgart wiedergewählt.

Als Generalsekretär der Südwest-CDU wurde Thomas Strobl mit 89 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Stellvertreter Oettingers sind zukünftig der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stuttgarter Landtag, Stefan Mappus, sowie die Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz und Matthias Wissman. Der Metzinger Unternehmer Hans Reichenecker wird weiterhin das Amt des Schatzmeisters ausüben. Zu weiteren Mitgliedern im Präsidium wurden Edith Grupp und Andreas Renner gewählt.

In ihrer Rede sicherte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, der Südwest-CDU für die Landtagswahl am 26. März 2006 ihre volle Unterstützung zu: „Ich werde alles daran setzen, dass in Baden-Württemberg der Minister-



Ministerpräsident Günther H. Oettinger

präsident und die CDU-geführte Regierung bestätigt werden“, versprach sie und wies darauf hin, dass Baden-Württemberg in vielerlei Hinsicht Spitze in Deutschland sei. Merkel erwähnte in diesem Zusammenhang die niedrigste Arbeitslosigkeit noch vor Bayern, die wenigsten Insolvenzen und den höchsten Wohlstand des Landes.

Die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin forderte die deutsche Wirtschaft zu einem anderen Umgang mit älteren Arbeitnehmern auf. Man dürfe nicht Lebenserfahrung und Routine vergeuden. Eine immer älter werdende Gesellschaft dürfe nicht so tun, als seien Menschen mit einem Alter von über 50 Jahren im

Berufsleben nicht mehr ernst zu nehmen. Merkel verlangte von Unternehmen und Tarifparteien, künftig mehr dafür zu tun, das tatsächliche und das gesetzliche Rentenalter anzugleichen. Das bedeute auch, so Merkel, auf „Vorruhestandsregelungen zu Lasten der Gesamtheit zu verzichten“. Außerdem rief sie dazu auf, künftig mehr als bisher die Karriereplanung in Familien zu berücksichtigen: „Kreativität und Improvisationsbereitschaft, wie man sie in der Kindererziehung lernt, sind wichtige Kompetenzen in Führungsfunktionen“, so die Parteivorsitzende.

Die Familien- und Bildungspolitik stand im Mittelpunkt der Rede des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden

Günther H. Oettinger. „Die Ganztagesbetreuung wird ein Jahrzehnt-Bauwerk. Das Kinderland Baden-Württemberg ist eine Angelegenheit, für die ich Sie gewinnen will. Es ist die entscheidende Herausforderung für die nächsten Jahre.“ Oettinger verwies auch auf die Bedeutung, weniger Begabte mitzunehmen, denn immer



CDU-Vorsitzende Angela Merkel



Die CDU Baden-Württemberg bedankte sich bei der Bundeskanzlerin mit einem Schokoladen-Kanzleramt, das der Baiersbronner Konditor und Chocolatier Eberhard Holz (rechts im Bild) aus 25 Kilogramm weißer und brauner Schokolade und zehn Kilogramm Marzipan in achtzig Arbeitsstunden detailgetreu hergestellt hatte. Er wünschte der Kanzlerin „süße Stunden und Jahre“ in der Regierungszentrale.

mehr Kindern fehle die Schulreife. An ausländische Eltern gerichtet sagte er: „Wer bei uns lebt, muss seine Kinder mindestens neun Jahre in die Schule schicken, sonst hat er sein Aufenthaltsrecht verwirkt.“ Für die Landtagswahl sei es wichtig, welcher Partei man die beste Arbeitsmarktpolitik zutraue. „Für eine bürgerliche und reformfreundige Politik sind Mehrheiten in Deutschland nicht mehr automatisch da“, so der Ministerpräsident.

## CDU EICHSFELD AUSGEZEICHNET



Mike Mohring

Im Zuge des Thüringer Landesparteitages zeichnete Landesgeneralsekretär Mike Mohring während des „Altenburger Abends“ die CDU Eichsfeld als den aktivsten und engagiertesten Kreisverband in Thüringen aus. Zum ersten Mal wurde in dieser Kategorie ein Wanderpokal übergeben. Der Eichsfelder Kreisverband überzeuge unter anderem durch seine regelmäßig erscheinende Mitgliederzeitschrift und der ständig aktualisierten Homepage mit eigenem Mitgliederbereich, so Mohring. Neben dem Wanderpokal erhielt der Kreisverband 100 €, die mit einem symbolischen Scheck von Mohring überreicht wurden. Den größten Mitgliederzuwachs im Thüringer Landesverband konnten die Kreisverbände Erfurt und Weimarer Land verzeichnen. Dafür erhielt jeder der beiden Kreisverbände einen Stehtisch inklusive Schirm für zukünftige Werbeaktionen und Wahl Touren.



Niedersachsen

# Studiengebühren beschlossen

**Niedersachsen hat als erstes Bundesland die Einführung von Studiengebühren beschlossen.**

In seiner Rede zur abschließenden Beratung des Haushaltes 2006 vor dem Landtag hat der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Lutz Stratmann, die Bedeutung der Studienbeiträge und des Zukunftsvertrages für die niedersächsischen Hochschulen und die Studierenden hervorgehoben. Studienbeiträge seien eine wichtige Säule für ein zukunfts- und leistungsfähiges attraktives niedersächsisches Hochschulsystem. „Die Beiträge werden zweckgebunden für eine gezielte Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt. Die Studentinnen und Studenten profitieren damit unmittelbar von der verbesserten Finanzausstattung,“ so Stratmann.

Mit der Einführung von Studienbeiträgen von einheitlich 500 Euro pro Semester ab dem Wintersemester 2006/07 bzw. Sommersemester 2007 und mit der Planungssicherheit durch den Zukunftsvertrag stehe den Hochschulen in erheblichem



Landesminister Lutz Stratmann

Umfang mehr Geld zur Verfügung. „Wir haben sichergestellt, dass der Beitrag der Studierenden ausschließlich der Lehre zugute kommt und so die Studienbedingungen an niedersächsischen Hochschulen entscheidend verbessert“, so der Wissenschaftsminister weiter.

Das zusätzliche Geld könne von den Hochschulen für vertiefende und erweiternde Lehrangebote eingesetzt werden. Dazu gehören zum Beispiel eine bessere Betreuung durch zusätzliches qualifiziertes Personal, mehr Tutorien und Klausurenkurse, mehr Kleingruppen-Veranstaltungen, mehr Projektpraktika, eine bessere Ausstattung und längere Öffnungszeiten von Bibliotheken sowie ein verbes-

sertes EDV-Angebot. Die verbesserten Lernbedingungen an den Hochschulen führen zu einem schnellen, zielgerichteten Studium.

„Mit den Studienbeiträgen in Höhe von rund 83 Euro pro Monat leisten die Studierenden einen Beitrag zu ihrer akademischen Ausbildung. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bildungsfinanzierung wird so um einen individuellen Beitrag ergänzt. Durch zinsgünstige, vom Einkommen der Eltern unabhängige Studienkredite stellen wir sicher, dass niemand daran gehindert wird zu studieren“, so Wissenschaftsminister Stratmann. Durch Studienkredite und Härtefallregelungen werde garantiert, dass die Studienbeiträge sozial verträglich sind.

Für die Studierenden sei ein Beitrag zu ihrem Studium eine wichtige Investition in die Zukunft. Mit der Entscheidung für Studienbeiträge habe man die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb gefestigt, erklärte Stratmann.

Nordrhein-Westfalen

# Haushalt beschlossen

**Unter dem Motto „Konsolidieren – Modernisieren – Investieren“ fand eine zweitägige Klausurtagung des nordrhein-westfälischen Landeskabinetts auf dem Petersberg in Königswinter bei Bonn statt.**

Nach dem vom Kabinettt verabschiedeten Haushaltsentwurf will das Land im kommenden Jahr 5,89 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. Das sind rund 1,5 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr. Die Gesamtausgaben des Landes sollen von rund 51 Milliarden Euro auf 48,5 Milliarden Euro gesenkt werden. „Der Haushalt 2006 ist solide kalkuliert“, zeigte sich Finanzminister Helmut Linsen nach der Klausurtagung zufrieden. Die Annahmen und Prognosen seien realistisch berechnet; Luftbuchungen und Wunschtitel der alten Landesregierung beseitigt. Linsen erläuterte die notwendigen Einsparungen: Die Fördermittel des Landes würden um 123 Millionen Euro gekürzt. Im Landesdienst sollen mindestens 2.520 Stellen gestrichen werden. Die Beamten bekommen im kommenden Jahr



Das nordrhein-westfälische Landeskabinettt und Ministerpräsident Rüttgers

keine Besoldungserhöhung. Das Weihnachtsgeld der Beamten wolle das Land weiter kürzen. Die Kabinettsmitglieder sollen gar kein Weihnachtsgeld mehr erhalten. Linsen rief in Erinnerung, dass Haushaltskonsolidierung keine Einzelleistung des Finanzministers sei, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle ihren Beitrag leisten müssten. „Wenn wir kürzen, trifft es alle und es geht gerecht zu“, betonte Linsen.

Der Minister kündigte fern an, dass die Landesregierung auch im kommenden Jahr 1.000 zusätzliche Lehrer einstellen werde. Für den Vertretungsunterricht werde es 900 Stellen geben. Die Mittel für den Ganztagsunterricht sollen um 70 Millionen Euro aufgestockt werden. Linsen verwies darauf, dass die Landes-

regierung damit – trotz aller Notwendigkeiten zur Haushaltskonsolidierung – eine ihrer zentralen Zusagen aus den Koalitionsverhandlungen einhalte: „Wir investieren in die Köpfe.“

Als „ehrllich, mutig und verantwortungsbewusst“ bewertete der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Helmut Stahl, den vorgelegten Entwurf. „Dieser Haushalt ist der erste Schritt raus aus dem Gefängnis roter Zahlen.“ Der Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass die alte rot-grüne Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren immer erkennbar verfassungswidrige Haushalte verabschiedet habe. So betrug die Netto-Neuverschuldung 2003 zum Beispiel insgesamt rund 6,6 Milliarden Euro, 2004 waren es sogar 6,7 Milliarden Euro.



Saarland/Luxemburg

# Länderübergreifende Zusammenarbeit

**Auf einer ersten gemeinsamen Sitzung einigten sich die Seniorenbeiräte von Luxemburg und dem Saarland, den Erfahrungs- und Informationsaustausch in der Seniorenpolitik beider Länder zu intensivieren.**

„Ich freue mich über das erste Treffen der beiden Seniorenbeiräte, weil damit ein Anfang gemacht wird für eine intensive Zusammenarbeit im Bereich eines der wichtigsten Handlungsfelder der Zukunft“, erklärte der saarländische Sozialminister Josef Hecken im Beisein seiner luxemburgischen Kollegin Marie-Josée Jacobs.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Länder biete eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen Luxemburg und dem Saarland die Chance, einen wechselseitigen Austausch über vergleichbare Problemlagen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu gestalten und daraus zu lernen. Hecken verwies vor allem auf die demographische Entwicklung der beiden Länder in den kommenden Jahren. Während im Saarland der Anteil der Menschen über 60 Jahre bis zum Jahr 2020 überproportional zunehme,



Landesminister Josef Hecken

werde in Luxemburg der Anteil der jüngeren Menschen deutlich wachsen. Die Verlängerung der Lebenserwartung werde in beiden Ländern zu neuen Versorgungskonzepten führen müssen, um den damit verbundenen Problemen wie dem Anstieg der Demenzerkrankungen zu begegnen, prognostizierte der Minister. Gerade die Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen in der Gesamtstrategie und in den Teilbereichen berge für beide Seiten große Chancen.

Nach Auffassung des saarländischen Sozialministers sei es wichtig, den Erfahrungsaustausch über Konzepte der Alten- und Behindertenhilfe sowie die Frage ihrer Finanzierung zu intensivieren. Hecken freute sich,

dass die Seniorenbeiräte die Entwicklung der Pflegeversicherung ebenso auf der Tagesordnung des ersten Treffens hatten, wie die Erörterung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Teilhabe älterer Menschen an gesellschaftlichen Entwicklungen und ihrer Mitwirkungsansprüche. Insbesondere bei der Stärkung der häuslichen Versorgung außerhalb der Pflege sei die Erfindungskraft noch nicht ausgeschöpft. Auch im Bereich der Selbsthilfe und der Entwicklung des Generationendialoges gebe es ebenso wie bei der Betreuung demenziell erkrankter Menschen gemeinsame Projektmöglichkeiten, so Sozialminister Hecken.

## »» BUCHTIPP

■ Langguth, Gerd:

„Angela Merkel.  
Eine Biographie“

dtv-Verlag,  
400 Seiten,  
ISBN 3-423-24485-2,

Euro 14,50

# Zwangsverheiratungen verhindern Integration

**„In Deutschland werden Gewalt und Unterdrückung von Frauen nicht geduldet. Dieses Signal müssen wir bei der Bekämpfung von Zwangsverheiratungen setzen.“**

Die Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer, fordert daher, Zwangsverheiratung als eigenen Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Der jetzt vorliegende Antrag im Deutschen Bundestag von Bündnis 90/Die Grünen, mit dem die Zwangsverheiratung als besonders schwerer Fall der Nötigung eingestuft werden soll, reiche nicht aus.

„Ein eigenständiger Straftatbestand Zwangsverheiratung trägt wesentlich dazu bei, das Problembewusstsein zu schärfen,“ so Maria Böhmer. Problematisch sei aber nicht die Zwangsverheiratung alleine, sondern auch die Absicht, die dahinter stehe. Die Eltern von Braut und Bräutigam versuchten auf diese Weise, eine selbst bestimmte Lebensführung von jungen Frauen in Deutschland zu verhindern. Denn auch nach der Hochzeit behalten die Eltern ihren Einfluss auf die junge Familie,



Maria Böhmer

wenn die junge Ehefrau weder deutsch spricht noch Gelegenheit erhält, unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung kennen zu lernen. Integration wird so unmöglich gemacht.

Vor allem junge türkischstämmige Frauen werden oftmals von ihren eigenen Familien gegen ihren Willen mit Männern – vielfach nahe stehenden Verwandten – in der Türkei verheiratet, die sie noch nie in ihrem Leben gesehen haben. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde diese Form der Unterdrückung von Frauen in Deutschland erst bekannt, nachdem mehrere Frauen, die sich der Zwangsverheiratung durch ihre Familien widersetzen, durch so genannte Ehrenmorde ums Leben kamen.

Zwangsverheiratungen könnten keinesfalls hingenommen werden. Auch international sei man sich einig, dass es sich dabei um eine Menschenrechtsverletzung handle, erläutert die FU-Vorsitzende und Staatsministerin für Integration, Böhmer. Die New Yorker Weltfrauenkonferenz habe im Jahr 2000 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Die Frauen Union der CDU hat bei ihrem Bundesdelegiertentag im November erneut die Einführung eines eigenständigen Straftatbestandes Zwangsverheiratung im Strafgesetzbuch gefordert. Dies gilt es nun im Interesse der Frauen zügig umzusetzen.

## STUDIE

Gibt es einen Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremismus? Antworten zu diesen und weiteren Fragen in der politischen Extremismuskonversation gibt die aktuell erschienene Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Papier des Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse „Der Umgang mit parteipolitischen Rechtsextremismus“ steht auf [www.kas.de](http://www.kas.de) zum Download zur Verfügung.

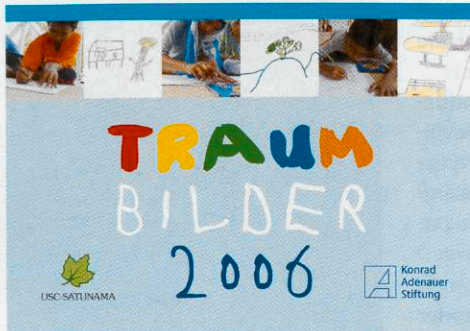


KAS-Projekt für Aceh

# Kinder brauchen eine Zukunft!

**Kindern in Aceh wieder eine Zukunft geben – darauf zielt das Fluthilfeprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer indonesischen Partnerorganisation USC-SATUNAMA.**

In der Provinz Aceh im Norden Sumatras, dem Zentrum der Tsunami-Katastrophe, wurden die Menschen am schlimmsten von der zerstörerischen Gewalt des Tsunami heimgesucht: Mehr als 130.000 Menschen kamen ums Leben. Viele Überlebende haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren. KAS und SATUNAMA engagieren sich seit 1998 gemeinsam in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt jetzt darin, Kinder in Aceh langfristig zu unterstützen.



Die Konrad-Adenauer-Stiftung und USC-SATUNAMA haben die Bilder zu dem Kalender „Traumbilder 2006“ zusammengestellt. Stolz präsentieren die kleinen Künstler ihre Werke und erzählen, welche Wünsche sie für die Zu-

kunft haben. Mit ihren Bildern sagen sie schon jetzt „danke schön“ für Ihre Unterstützung.

Lernmaterial. Spielsachen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung fehlen. Hier setzt das Programm von Konrad-Adenauer-Stiftung und USC-SATUNAMA an. Kinder und Jugendliche sollen in Kindergärten und Schulen wieder miteinander spielen und lernen können. Eine mobile Bücherei bringt für Schule und Freizeit Bücher in die Dörfer. Damit werden junge Menschen gefördert und gefördert. Lernen und Bildung sind der Schlüssel für eine bessere Zukunft.

kunft haben. Mit ihren Bildern sagen sie schon jetzt „danke schön“ für Ihre Unterstützung.

## Kinder brauchen Hilfe!

So können Sie helfen: Kaufen Sie den Kalender – als Geschenk oder für sich selbst. Die Einnahmen fließen vollständig in das Hilfsprojekt. Sie können sicher sein, dass Ihr Geld direkt dort ankommt, wo es am dringendsten benötigt wird – beiden Kindern in Aceh. Ohne Ihre Hilfe geht es nicht.

Einen Bestellzettel sowie weitere Informationen zu dem Kalender und das Hilfsprojekt finden Sie auf der Internetseite der Konrad-Adenauer-Stiftung unter [www.kas.de](http://www.kas.de)

## Kinder brauchen Bildung!

Bis heute erhalten Tausende von Schülern in Aceh Unterricht in provisorischen Gebäuden. Es mangelt an

## Kinder malen ihre Träume!

Kinder aus Aceh stellen sich und ihre Träume vor – mit Bildern, die sie gemalt haben. Für Menschen, die bereit sind, in ihre Zukunft zu investieren.

## „Mit SICHERHEIT was los“

**Unter diesem Motto fand die 179. Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren in Karlsruhe statt.**

„Innere Sicherheit und damit der Schutz unserer Bevölkerung erfordert eine enge und konstruktive Zusammenarbeit über die parteipolitischen Grenzen hinweg.“ Das betonte der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech auf der jüngsten Innenministerkonferenz in Karlsruhe. Dabei sei es ein Gebot der Fairness, dass der Bund die berechtigten Interessen der Länder bei seinen sicherheitspolitischen Überlegungen berücksichtige.

Einig seien sich die Innenminister darüber, dass man mit „flexiblen, maßgeschneiderten Programmen und Konzepten die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten müsse.“

Im Gespräch mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sei deutlich geworden, dass alle Länder eine faire Partnerschaft mit dem Bund anstrebten, die gegenseitige Rücksicht erfordere und Lösungen an-



Die Innenminister und -senatoren der Länder mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Gebäude des Bundesverfassungsgerichts.

strebe, die für alle gerecht seien. „Wir haben in einem mehrstündigen Gespräch mit dem neuen Bundesinnenminister alle aktuellen sicherheits- und ausländerpolitischen Themen diskutiert, die derzeit auf der Agenda stehen. Dabei ist deutlich geworden, dass wir – wie es bei den Innenministern gute Tradition ist – uns allen Herausforderungen gemeinsam stellen werden“, betonte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz. Besonders bei

den vom Bund gewünschten Präventivbefugnissen für das Bundeskriminalamt und der Unterstützung bei der Koordinierung des Katastrophenschutzes stünden die Innenminister und -senatoren zum Koalitionsvertrag, hätten aber an den Bund appelliert, die bewährten föderalen Strukturen nicht einzuschränken.

Bei ihrem Treffen in Karlsruhe haben die Innenminister von Bund und Ländern vor allem über sicherheits- und ausländerpoliti-



sche Themen beraten. Unter anderem wurden folgende Entscheidungen bekannt gegeben:

- Schaffung einer Anti-Terror-Datei zur Vernetzung der Länder untereinander. Bundesinnenminister Schäuble stellte die zügige Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes in Aussicht.
- Vermehrte Überwachung von Haltestellen und Fahrzeugen mit Videokameras im Rahmen der Kampagne „Aufmerksam unterwegs!“ Durch eine jetzt beschlossene Aufklärungskampagne sollen zudem Betreiber von Verkehrsbetrieben sowie Fahrgäste für Terror-Gefahren sensibilisiert werden. Mit Plakaten, Anzeigen, Videospots usw. soll die Wachsamkeit der Fahrgäste, z.B. auf herrenlose Gepäckstücke zu achten, erhöht werden.

- Zusätzliche Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes für die Abwehr von Gefahren aus dem internationalen Terrorismus. Zur Ermöglichung der Präventiv-Befugnisse des BKA soll eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht werden.

- Nutzung der Mautdaten zur Verbrechensbekämpfung. Es sei „im Interesse einer effektiven Bekämpfung der schweren, insbesondere der Organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus erforderlich“, das Autobahnmautgesetz dahingehend zu lockern, betonten die Innenminister

- Modifizierung einzelner Teilbereiche des Sicherheitskonzeptes zur Fußball-Weltmeisterschaft. Zwar hätte das Sicherheitskonzept den „Testlauf“ bestanden, jedoch

müssten noch geeignete Maßnahmen gegen so genannte Flitzer sowie den Gebrauch von Glas- und PET-Flaschen in den Stadien getroffen werden. Außerdem gebe es noch Handlungsbedarf, was möglichen Hooligans-Aktivitäten während der Großbildleinwand-Übertragungen betrafte.

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Ministerebene, die überprüfen soll, in wie weit das Zuwanderungsgesetz die Erwartungen im Bezug auf Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen in Härtefällen erfüllt habe. Auf eine Bleiberechtsregelung für seit Jahren geduldete Flüchtlinge konnten sich die Innenminister nicht einigen.

Die komplette „Karlsruher Erklärung“ finden Sie unter: <http://www.im.badenwuerttemberg.de/>

## HINTERGRUND: INNENMINISTERKONFERENZ

1954 haben die Chefs der Innenressorts die „Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ – kurz Innenministerkonferenz (IMK) – errichtet, um die zuvor im Wesentlichen auf Beamtenebene durchgeführte länderübergreifende fachliche Zusammenarbeit auch auf der politischen Ebene zu verankern. Der Bundesminister des Innern (BMI) nimmt als ständiger Gast gleichberechtigt – mit Ausnahme des Stimmrechts – an den Sitzungen der IMK teil. Zur Erfül-

lung ihrer Aufgaben tagt die IMK in der Regel zweimal im Jahr, sofern nicht insbesondere aufgrund aktueller politischer Entwicklungen oder Gefahrenlagen für die Innere Sicherheit Sondersitzungen erforderlich sind. Außerdem können Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden. Für die Beschlussfassung der IMK gilt das Einstimmigkeitsprinzip; d.h. keines der 16 Mitglieder darf gegen den Beschluss stimmen.

Volker Kauder

## Herausforderungen annehmen – Aufgaben kraftvoll angehen

**Seit drei Wochen hat Deutschland wieder eine handlungsfähige Regierung. Sachlich, konzentriert und in einem kollegialen Klima hat sich das Kabinett unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel daran gemacht, Deutschland wieder nach vorne zu bringen.**

Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt dieser Stil gut an. Die Menschen setzen großes Vertrauen in die Regierungskoalition und insbesondere in die Bundeskanzlerin, die in den ersten Tagen ihrer Amtszeit im In- und Ausland beachtliche Auftritte absolviert hat. Dieser Vertrauensvorsprung ist eine gute Basis für die weitere Arbeit der Regierung Merkel. Deshalb kommt es darauf an, weiterhin so schnell wie möglich und so gründlich wie nötig an der Modernisierung unseres Landes zu arbeiten. Im Mittelpunkt müssen dabei die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen stehen. Wenn wir den Menschen vermitteln, dass der von uns vorgelegte Politikentwurf neue Chancen bietet, dann werden sie auch



Volker Kauder

weniger populäre Maßnahmen akzeptieren und den eingeschlagenen Erneuerungspfad gehen.

Die Herausforderungen, mit denen sich die neue Bundesregierung konfrontiert sieht, sind groß: Die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme befinden sich in schlechtem Zustand und das Wirtschaftswachstum reicht bislang nicht aus, um mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu generieren. Diese Probleme werden durch die Effekte der Globalisierung und der demographischen Entwicklung noch verschärft. Vor diesem Hintergrund braucht Deutschland einen Neuanfang. Die

Union nimmt diese Herausforderung an und wird im Interesse Deutschlands alles in ihrer Kraft stehende dafür tun, dass die Bundesregierung dabei erfolgreich ist. Das entspricht der Erwartung der Menschen und unserer staatspolitischen Verantwortung.

Die ersten Schritte auf dem vor uns liegenden Weg des Konsolidierens, Reformierens und Investierens sind wir angegangen: Von zentraler Bedeutung sind dabei die finanzpolitischen Sofortmaßnahmen, die wir verabschieden werden. Mit einem Einsparvolumen von insgesamt rund 25 Mrd. Euro bis 2010 tragen sie maßgeblich dazu bei, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen. Ziel ist dabei vor allem, finanzielle Handlungsspielräume zur Bewältigung von zentralen Zukunftsaufgaben zu gewinnen, u.a. um strukturelle Reformen konsequent angehen zu können und entscheidende Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung zu geben. In den ersten Monaten des Jahres



2006 werden dann weitere Vorhaben kraftvoll angepackt: Zunächst der Bundeshaushalt für das kommende Jahr, dann die Föderalismusreform und die Gesundheitsreform.

Wir werden als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in der neuen Konstellation einer Großen Koalition kompetent und kraftvoll Unionspolitik in die parlamentarische Arbeit einbringen. Als stärkste Fraktion im Bundestag wird es unsere vordringlichste Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass sich in der künftigen Regierungsarbeit deutlich die

Handschrift der Union widerspiegelt. Daran muss von Anfang an konzentriert gearbeitet werden; als starker und kollegialer Partner in der Regierungskoalition – aber immer mit eigenem Profil. Wir gestalten Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das bedeutet: Soziale Verantwortung für die Schwächeren, Einforderung der Solidarität der Stärkeren, aber zugleich mehr Freiheit und weniger Bürokratie für die Leistungsfähigen.

Wir sind in der Pflicht, durch konstruktive, kon-

zentrierte und kompetente Arbeit Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik herzustellen. Dies erfordert von uns allen Fleiß, Disziplin und die Fähigkeit zu neuem Denken. CDU und CSU müssen in ihrer neuen Rolle als Regierungsparteien maßgeblich dazu beitragen, Vertrauen herzustellen und den Menschen Zuversicht in eine bessere Zukunft zu vermitteln. Wir können das und gemeinsam schaffen wir das!

**Volker Kauder** ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## LÄNDER STIMMEN REFORM DES FÖDERALISMUS ZU

### Die Ministerpräsidentenkonferenz billigte einstimmig den Kompromiss von Union und SPD zur Reform des Föderalismus.

Das Projekt sei ein „wesentlicher Schritt zur nachhaltigen Stärkung der Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen“ hieß es in dem Beschluss. Die erste Stufe zur Entflechtung der Zuständigkeiten soll in den kommenden Wochen mit einem abgestimmten Vorgehen zwischen Bund und Ländern umgesetzt werden. Die Erarbeitung der Gesetzestexte durch die Koalitionsfraktionen soll dabei von einer Länder-Arbeitsgruppe begleitet werden. Die Gesetzentwürfe sollen dann parallel in Bundestag und Bundesrat eingebracht werden. Bis Mitte 2006 soll die Reform im Gesetzblatt stehen.

In einem zweiten Schritt sollen die Finanzbeziehungen neu geordnet werden. Auf dem Weg zu der Reform hätten die Länder „den letzten

Brocken aus dem Weg geräumt“, sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers, der der Ministerpräsidentenkonferenz vorsteht. Rüttgers unterstrich, die Reform führe zu mehr Demokratie in Deutschland. Die Zahl der Gesetze, die im Bundesrat zustimmungspflichtig seien, solle von 60 auf 30 bis 40 Prozent sinken. Die Länder müssten auf Macht verzichten, bekämen aber auch neue Zuständigkeiten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die Einigung einen guten Schritt. Viele seien über ihren Schatten gesprungen. Die Große Koalition vor etwa 40 Jahren habe die Verwebung von Bund und Ländern stärker gefördert, sagte Angel Merkel. „Wir sind jetzt auf dem Weg zurück“. Mit der Reform könne künftig viel klarer gemacht werden, „wer ist zuständig“. Mit der Zustimmung der Länder sei „die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass es zu einem positiven Abschluss kommt.“

## Regierung stärkt geistiges Eigentum

Mit dem Gesetzentwurf zur Rechtsdurchsetzung im geistigen Eigentum durch die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries verwirklicht sich eine alte Unionsforderung, wonach den Inhabern von Patent-, Marken- oder Urheberrechten bessere zivilrechtliche Mittel zu deren Durchsetzung in die Hand gegeben werden sollen. Er beseitigt einige Hindernisse, die dem Rechteinhaber bislang zur

effektiven Durchsetzung seiner Ansprüche fehlten.

Insbesondere die Einführung eines Auskunftsanspruchs gegen Dritte war längst überfällig. Im Rahmen der Diskussion um eine Reform des Urheberrechts war eine derartige Regelung von der Union immer wieder gefordert worden. Damit können die Betroffenen nun effektiver gegen Rechteverletzer vorgehen. Bislang mussten sie immer den Weg über die Strafverfolgungsbehörden wählen, um an die Daten der Rechteverletzer zu gelangen. Dies ist nach dem neuen



Günther Krings

Gesetzentwurf nun nicht mehr zwingend notwendig. Damit können beispielsweise illegale Tauschbörsen im Internet besser und schneller bekämpft werden.

## SOZIOLOGISCHE GRUPPEN DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION:



### Gruppe der Frauen

Vorsitzende:  
Ursula Heinen



### Parlamentskreis Mittelstand

Vorsitzender:  
Hartmut Schauerte



### Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Vorsitzender:  
Peter Götz



### Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzender:  
Jochen-Konrad Fromme



### Arbeitnehmergruppe

Vorsitzender:  
Gerald Weiß



### Junge Gruppe

Vorsitzender:  
Marco Wanderwitz



Diesen Weg muss die Koalition nun auch für den so genannten „Zweiten Korb“ einer Reform des Urheberrechts weitergehen. Beide Gesetzesvorhaben müssen parallel deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Verletzung von geistigem Eigentum durch den Gesetzgeber nicht geduldet wird.

**Günter Krings** ist der Berichterstatter der Bundestagsfraktion für „Geistiges Eigentum“

## Bundesrechnungshofplädoyer ernst nehmen

Der Bundesrechnungshof ist der natürliche Partner für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Seine jährlichen Berichte zur Haushalts- und Wirtschaftsführung unterstützen die Bundesregierung in ihrem Ziel, Verwaltungshandeln wirtschaftlich zu gestalten.

Die Stimme des Bundesrechnungshofes hat Gewicht. Deshalb begrüßen und unterstützen die Koalitionsfraktionen das Plädoyer des Bundesrechnungshofes für eine „besonders dringende“ Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einschließlich ihrer



Steffen Kampeter

Gemeinden. Der Bundesrechnungshof weist darauf hin, dass dem Bund bis Mitte der 90er Jahre noch fast die Hälfte der Steuereinnahmen zustand, dieser Anteil inzwischen auf nur noch etwa 42 Prozent gesunken ist. Dies entspricht Mindererinnahmen von rund 15 Milliarden Euro, die dem Bund schmerzlich fehlen.

Die haushaltspolitischen Sprecher von CDU und SPD begrüßen auch, dass der Bundesrechnungshof deutlich der – vor allem vom Steuerzahlerbund – ständig wiederholten Mär von der verschwenderischen, unwirtschaftlichen Verwaltung entgegentritt. Auch nach unserer Einschätzung und Kenntnis ist die Verwaltung um wirtschaftliches Handeln bemüht und bereit, aus Fehlern zu lernen.

**Steffen Kampeter** ist haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

## Klimaschutz: Doppelstrategie konsequent verfolgen

Die Ergebnisse der Klimakonferenz in Montreal sind ein wichtiger Schritt für die internationale Klimaschutzpolitik. Die getroffenen Vereinbarungen zum Dialog mit den USA und den Schwellen- und Entwicklungsländern müssen aufgegriffen werden und in konkrete Maßnahmen münden.

Zukünftig bedarf es national und international einer Doppelstrategie im Klimaschutz. Diese beruht zum einen auf verbindlichen CO<sub>2</sub>-Minderungszielen und zum anderen auf Anreizen zum Einsatz neuer klimafreundlicher Technologien. Hierzu zählen beispielsweise die erneuerbaren Energien aber auch hochmoderne fossile Kraftwerke.

Auch die Energiepolitik spielt für die Klimaschutzpolitik eine zentrale Rolle. Hier muss auch über die Frage der Kernenergie gesprochen werden, die gemeinsam mit den erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

So vermied die Kernenergie im Jahr 2004 rund 164 Mio. t CO<sub>2</sub>, dies entspricht in etwa dem jährlichen Ausstoß des Straßenverkehrs.



Katherina Reiche

Durch erneuerbare Energien werden inzwischen 59 Mio. t CO<sub>2</sub> vermieden, mit steigender Tendenz. Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der Kernenergie zum Klimaschutz auch bei der Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung des Energiemix in Deutschland zu berücksichtigen.

Die erneuerbaren Energien werden für den Klimaschutz eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Auch unter Aspekten der Ressourcenschonung und einer stärkeren Unabhängigkeit vom Öl haben sie eine große Bedeutung. Derzeit sind die erneuerbaren Energien jedoch wirtschaftlich noch nicht in

der Lage, sich ohne Förderung am Markt zu behaupten. Bis es soweit ist, könnte die Kernenergie eine wichtige Brückenfunktion einnehmen.

**Katherina Reiche** ist Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

## Verbraucherinformationsgesetz der Grünen realitätsfern und bürokratisch

Bundesminister Seehofer hat aufgrund der Fleischskandale in den letzten Wochen bereits in seinem Sofortprogramm den Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes angekündigt. Ein solches Gesetz wird zurzeit sorgfältig erarbeitet. Doch statt sich konstruktiv an der Diskussion zu beteiligen, liefern die Grünen einen völlig realitätsfernen Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes ab.

Er geht eindeutig zu weit und verliert das angesprochene Ziel, den Schutz vor Lebensmittelskandalen, völ-

lig aus den Augen. Dies zeigt sich unter anderem in einem sehr weit gefassten Anwendungsbereich. Der Begriff „Verbraucherinformation“ soll danach auch Belange des Tierschutzes und allgemeiner Menschenrechtsanliegen beinhalten.

Auch der Auskunftsanspruch gegenüber Unternehmen ist in der Praxis schlicht nicht umsetzbar; kleine und mittlere Unternehmen können solchen Informationsansprüchen im Grunde nicht nachkommen, da sie nicht über die Mittel verfügen, dazu notwendige große Kommunikationsabteilungen aufzubauen.

Auch der Forderung, einen Bundesbeauftragten für Verbraucherinformation einzusetzen, stehen wir kritisch gegenüber. Ein Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das gerade für die Sicherheit im Lebensmittelbereich zuständig ist, existiert bereits. Grundsätzlich sollten bestehende Ressourcen sowohl aus Gründen ihrer Effizienz und Erfahrung als auch des Bürokratieabbaus neu zu schaffenden Stellen vorgezogen werden.

Dass ihr Entwurf mit der Realität unvereinbar ist, wissen die Grünen selbst genau: In einem ersten Eckpunktepapier von Renate

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Künst aus dem Jahr 2001 waren diese Forderungen schon einmal zu finden. Die damalige Ministerin hat diese Forderungen aber schon bei der Regierungsabstimmung nicht durchsetzen können.

CDU/CSU und SPD haben bereits im Koalitionsvertrag ein Verbraucherinformationsgesetz angekündigt, das wir nun schnellstmöglich – aber durchdacht und durchsetzbar – auf den Weg bringen werden. Dies enthält unter anderem folgende

wesentliche Eckpunkte: Möglichkeit der Namensnennung, etwa von Gammelfleisch, auch wenn das Produkt nicht mehr auf dem Markt ist bzw. verzehrt wurde sowie das Recht der Verbraucher auf Information durch die Behörden bei gesundheitsgefährdenden, risikobehafteten Produkten.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe



Peter Bleser



Ursula Heinen

Ernährung, Landwirtschaft, und Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion, **Ursula Heinen** seine Stellvertreterin und zuständige Berichtserstatterin für Lebensmittelsicherheit.

## BUNDESTAG: AUSSCHÜSSE KONSTITUIERT

**Mit der Aufnahme der Regierungsarbeit haben sich auch die Ausschüsse des Deutschen Bundestages konstituiert.**

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, in der 16. Legislaturperiode 22 ständige Ausschüsse einzusetzen. Einige Ausschüsse wie den Auswärtigen und den Verteidigungsausschuss schreibt das Grundgesetz vor, die anderen orientieren sich am Zuschnitt der Ministerien. In der 16. Wahlperiode gibt es einen Ausschuss mehr als in der vergangenen Wahlperiode. So wurde ein eigener Ausschuss für Gesundheit eingesetzt. Der Bereich soziale Sicherung, der ihm zuvor zugeordnet war, geht im Ausschuss für Arbeit und Soziales auf. Der Ausschuss für Wirt-

schaft und Arbeit, den es spielgebildlich zum gleichnamigen Ministerium in der 15. Wahlperiode gab, wurde aufgrund des neuen Zuschnitts des Ministeriums zum Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

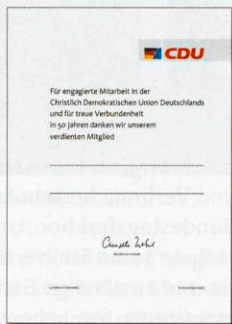
Die Verteilung der Ausschussvorsitzenden basiert auf einer interfraktionellen Regelung. CDU/CSU und SPD stellen jeweils acht, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen jeweils zwei Ausschussvorsitzende.

**Die Union stellt die Vorsitzenden in folgenden Ausschüssen:**

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung:  
**Thomas Strobl**
- Auswärtiger Ausschuss:  
**Ruprecht Polenz**
- Rechtsausschuss:  
**Andreas Schmidt**

- Finanzausschuss:  
**Eduard Oswald**
- Ausschuss für Arbeit und Soziales:  
**Gerald Weiß**
- Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:  
**Klaus W. Lippold**
- Ausschuss für Tourismus:  
**Ernst Hinken**
- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union:  
**Matthias Wissmann**

Eine vollständige Übersicht über alle Bundestagsausschüsse und deren personelle Zusammensetzung finden Sie auf der Internetseite des Bundestages unter <http://www.bundestag.de/ausschuesse/index.html>.



### Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0071**

„60 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0189**

DIN A4

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



### Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Bestell-Nummer: **0097**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



### Urkunde „Für besondere Verdienste“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0449**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



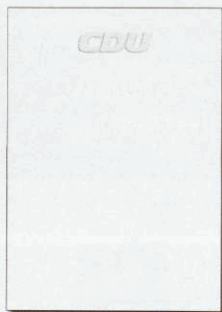
### Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Bestell-Nummer: **0247**

Preis je **25 Stück: 12,30 €**

inkl. MwSt.: 14,27 €



### Ehrenabzeichen der CDU

Ehrenabzeichen Bronze „25jährige CDU-Mitgliedschaft“

Bestell-Nummer: **0233**

Ehrenabzeichen Silber „40jährige CDU-Mitgliedschaft“

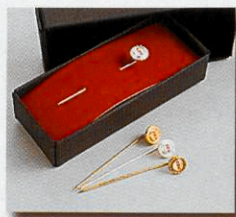
Bestell-Nummer: **0235**

Ehrenabzeichen Gold „50jährige CDU-Mitgliedschaft“

Bestell-Nummer: **0237**

Preis je **10 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 10,44 €



### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



**Gemeinsam für Deutschland.  
Mit Mut und Menschlichkeit.**

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

**Gemeinsam für Deutschland.  
Mit Mut und Menschlichkeit.**

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

Bestell-Nummer: **5283**

Preis je **10 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 19,26 €

## BESTELLANSCHRIFT

Bestellungen richten Sie bitte direkt an die  
CDU-Bundesgeschäftsstelle,  
Marketing und interne Kommunikation,  
Klingelhöfer Straße 8, 10785 Berlin

Fax 030 22070-389, E-Mail: [olaf.dembinski@cdu.de](mailto:olaf.dembinski@cdu.de)